

Sprachhistorische Forschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR

Ein Rückblick

Von Hartmut Schmidt, Berlin

1. Vorbemerkung

1.1 Wilhelm Grimm hat im Jahre 1817, in der Frühzeit allgemeiner Hoffnungen und Enttäuschungen in der Verfassungsfrage, die deutschen Verhältnisse mit denen im alten Japan verglichen:

... auf der einen Seite Ruhe, Wohlbehagen, Ordnung und Gutmütigkeit; aber auf der andern, welch ein Erstarren, eine Feigheit und Ertötung alles Lebendigen! Wenn sie ... fest daran halten, keinen Fremdling einzulassen, so kann die bloße Form, wenn auch innerlich schon alles vernagt und wurmstichig geworden, noch eine gute Zeit ihr Reich hinhalten, bis der Stosch kommt, von dem sie zusammenfällt. Für diejenigen, welche keine Landstände, sondern ein ungehindertes Beherrschen von oben wollen, ist viel hieraus zu lernen. Eine orientalische Sage von Salomon passt auch gut dazu, er starb auf dem Throne stehend, die Geister stützten den Leichnam hinten mit einem Holz und niemand bemerkte, dass er gestorben war, so regierte Salomon noch lange fort, bis die Würmer das Holz zernagt hatten, da fiel er um und alsbald auch das Reich zusammen.¹

Als ich 1986 dieses Zitat an der DDR-Akademie in einen Artikel über Jacob Grimms Freiheitsverständnis aufgenommen hatte, wurde mir der Text wegen mangelnder Aktualität ungedruckt zurückgegeben. Inzwischen ist der tote König umgefallen, und es ist klar, daß den Wissenschaftlern der Akademie an diesem Ende nur ein geringes Verdienst zukommt.

1.2 Es ist aus mehreren Gründen nicht leicht, die Geschichte des eigenen Faches in dem Teil Deutschlands, der von 1945 bis 1989 als 'SBZ' oder 'DDR' von der Entwicklung des größeren Teils abgespalten war, genau, ausgewogen und gerecht nachzuzeichnen.

Genauigkeit: Die Akten liegen nicht für jeden offen, und sie sagen nicht die ganze Wahrheit. Das betrifft nicht nur die Stasi-Akten, sondern ebenso

1 Briefe der Brüder Grimm an hessische Freunde, hrsg. v. Edmund Stengel. Marburg 1886, S. 34.

die Akten der Fakultäten, Senate, Rektorate und überhaupt der Universitätsverwaltungen, die Akten der frühen Landesregierungen und dann die des vereinheitlichten Hochschulwesens im zuständigen Staatssekretariat oder Ministerium. Eingriffe in die Lehre und Forschung der Universitäten und Akademien gingen sowohl in Grundsatzfragen wie in Personalangelegenheiten sehr oft von den verschiedenen Leitungsebenen der SED aus. Es bleibt abzuwarten und zu prüfen, was hier aus den Akten zu rekonstruieren ist. Man muß fürchten, daß selbst einschneidende Eingriffe in die Entwicklung des Faches und in die Schicksale der Beteiligten nur unzureichend dokumentiert und viele Dokumente vernichtet wurden.

Ausgewogenheit: Für die Bürgerbewegung der 80er Jahre steht wohl etwas zu einseitig die Zeit ihrer Aktivität und der erfahrenen Repressionen im Zentrum des Interesses. Die Universitäten und die Akademien genossen in den 80er Jahren eher einen relativen Ruhezustand. Der Erfolg wissenschaftlicher Arbeit begann unter den Gefahren der Stagnation mehr zu leiden als unter dem Anspruch des Marxismus-Leninismus, dessen Formeln nun schon von vielen nicht mehr ernst genommen, sondern nur noch in äußerlicher Weise beachtet wurden. Wer nur diese letzten Jahre ins Auge faßt, vernachlässigt, daß es lange gedauert hat, bis der Widerstand bedeutender Fachwissenschaftler gegen die drei Hochschulreformen und gegen die Akademie-reform gebrochen war. Die meisten Träger dieses Widerstandes wurden früh aus ihren Stellungen und oft auch aus dem Lande verdrängt, viele sind nicht mehr am Leben. Erst die Öffnung der Archive wird Klarheit über die Lebensumstände und die Arbeitsbedingungen an wissenschaftlichen Institutionen in den 50er, 60er und 70er Jahren bringen.

Gerechtigkeit: In der Erinnerung der überlebenden Generation sind die Frühzeiten der SBZ und der DDR für die einen Jahre der Hoffnung und des neuen Anfangs, für die anderen bleiben sie Jahre der Angst vor dem Abgeholtwerden, der Ohnmacht gegenüber der unverhüllten Parteiherrschaft, der Entlassung, der Ächtung und der Vertreibung Andersdenkender. Und wer damals überzeugt war, diesen Landesteil nicht verlassen und allein lassen zu dürfen, erlebte schmerzhaft den Weggang all der Kollegen, die den wachsenden Druck hier nicht ertragen wollten. Aus solchen Grundeinstellungen erwachsen notwendig die unterschiedliche Sicht auch auf die Geschichte des Faches und unterschiedliche Antworten auf die Frage nach historischer Gerechtigkeit. Wie aber gerade in den 50er und 60er Jahren die Weichen für viele erfolgreiche Laufbahnen gelegt wurden, muß in Erinnerung gerufen werden. Die Mitgliedschaft in der herrschenden Partei ist sicherlich oft unter Druck 'erworben' worden, etwas später galt sie viel zu vielen als normale Einstiegsbedingung. Hier ist eine gerechte Bewertung selbst enger Kollegen schwer. Aber wenigstens im nachhinein darf wohl gefordert werden, daß die Betroffenen nicht leichten Herzens über wichtige Triebmittel für wissen-

schaftliche Karrieren hinwegsehen: Parteimitgliedschaft (und da möge auch jedes Mitglied einer 'Blockpartei' seine Motive genauer prüfen), Kampfgruppen­tätigkeit, Stasiverpflichtung, Verdrängung befähigter Kollegen mit un­lauteren Mitteln. Die Nennung solcher Faktoren spricht andere nicht frei: Unter Druck geschwiegen zu haben, die Wahrheit umgangen oder sie nur dort geäußert zu haben, wo sie nichts bewegte – von dieser Verantwortung werden sich nur wenige ausnehmen können. Zu danken ist aber jedem Fach­kollegen, der unter solchen Bedingungen nicht aufgab und sich in seinem Verantwortungsbereich bemühte, auch anderen die wissenschaftliche Exi­stenz zu ermöglichen und zu erleichtern. Unter dem Stichwort 'Gerechtig­keit' sei auch nicht vergessen, daß die Wissenschaftspolitik der DDR einen Januskopf hatte: Die eine Seite zeigte die rigorose Durchsetzung der marx­istisch-leninistischen Pflichtveranstaltungen, der 'Parteilehrjahre', der 'Titel­kämpfe' um allerlei 'Ehrentitel', der öden Partei- und Gewerkschaftsver­sammlungen und in den späteren Jahren der vormilitärischen Erziehung oder der Zivilverteidigungsübungen in allen Fakultäten. Sie stand für die zuneh­mende Bürokratisierung der Wissenschaftsverwaltung in unterschiedlichen 'Leitungsebenen', 'Räten', 'Komitees' und 'Kommissionen', die letztlich alle der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED unterstanden. Sie stand auch für das System der Planung, des Wettbewerbs und der öffentlichen Ehrungen durch Prämien, Aktivistentitel, Nationalpreise, Karl-Marx-Orden, Banner der Arbeit und Verdienstmedaillen aller Art und damit verbunden für Anpassung, Dumpfheit, Beziehungswirtschaft und 'Linientreue'. Die andere Seite zielte auf Studenten und junge Wissenschaftler, die eben diesem System dankbar waren, weil sie der Behauptung glaubten, daß sie unter anderen Verhältnissen nicht hätten studieren können.

Noch einmal: Es waren 45 Jahre, nicht zehn oder zwölf. Wer in den 80er Jahren die herrschende Ordnung in Frage stellte, hat gewiß etwas Ent­scheidendes geleistet. Aber diese Geschichte dauerte mehr als 30 Jahre län­ger, und unser Dank sollte auch denen gelten, die den Anfängen gewehrt haben, so gut sie konnten. Viele sind daran zerbrochen. Wer durchgehalten hat, tat es im Vertrauen auf andere und – wenn er Glück hatte – im Kontakt mit westdeutschen Freunden und Fachkollegen.

1.3 Unter den geschilderten Voraussetzungen trägt jeder Versuch, eine Bilanz der Entwicklung des eigenen Fachs unter den Bedingungen der DDR zu ziehen, zwangsläufig persönlichen Erfahrungen und Bedingungen Rech­nung: Alter, akademische Lehrer, wissenschaftlicher Standpunkt, vorrangige Einbindung in Lehre oder Forschung an Universitäten oder Akademien, poli­tische Überzeugungen, insbesondere die erlebte Nähe oder Ferne zur herr­schenden Partei. Auch der Verfasser dieses Rückblicks möchte das eigene Urteil nicht verallgemeinern, deshalb sei zur Bestimmung des eigenen Stand-

orts wenigstens soviel gesagt: Den Rahmen meiner Entwicklung prägten bis 1957 'bürgerliche' Universitätslehrer (so hieß es damals, und ihre Verdrängung aus der Universität bildete den entscheidenden Eindruck der von mir an der Universität erlebten Stufe der Hochschulreform). Ein Versuch, mich an die Universität zu binden, schlug fehl. Die Berliner (damals 'Deutsche') Akademie der Wissenschaften bot mir die Möglichkeit germanistischer sprachhistorischer Arbeit und schließlich auch die Übernahme von Verantwortung im sprachhistorischen Bereich. Ich habe diese Verantwortung gern getragen und hatte das Glück, meine dienstlichen und wissenschaftlichen Aufgaben an der Akademie zu jeder Zeit mit Kollegen besprechen zu können, deren freihetliches Wissenschaftsverständnis und deren integre Haltung unter DDR-Verhältnissen gewiß nicht selbstverständlich waren. Meine Verbindungen zu Universitätskollegen waren eher vereinzelt und untypisch. Daher bleibt meine Urteilsfähigkeit über die Situation der Lehre begrenzt. Deshalb gehe ich nach einem Überblick über die Situation der ersten Nachkriegsjahre genauer nur auf die Situation an der Berliner Akademie der Wissenschaften ein. In fachlicher Hinsicht geht der Bericht von der Entwicklung der sprachhistorischen Germanistik aus. In den Grundzügen stimmen deren Erfahrungen mit denen anderer Philologien und der historisch-vergleichenden Sprachwissenschaft wohl weitgehend überein. Dies sind Voraussetzungen, unter denen der folgende Text zu lesen ist.

2. Die frühen Jahre an den Universitäten

2.1 Die Wiedereröffnung der Universitäten Berlin, Greifswald, Halle, Jena, Leipzig und Rostock nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte nach den Vorstellungen und Vorschriften sowjetischer Kulturpolitik. Zu den Prinzipien dieser Kulturpolitik gehörte der Versuch, angesehene Wissenschaftler dafür zu gewinnen, ihre Tätigkeit unter den Arbeits- und Lebensbedingungen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) fortzuführen. Lehre und Forschung an den Universitäten der SBZ standen mithin 1945/6 zunächst nicht unter dem Zeichen des völligen Bruchs mit der Tradition, sondern unter dem Auftrag der Bewahrung "bürgerlich-humanistischer deutscher Wissenschaft". Für die sprachwissenschaftliche Germanistik bedeutete diese offizielle Haltung der sowjetischen Besatzungsmacht, daß die meisten Inhaber der altgermanistischen Lehrstühle ihre Arbeit sofort oder nach unterschiedlich begründeter Unterbrechung fortsetzen konnten. Ihnen zur Seite stand eine Anzahl jüngerer Universitätslehrer, die ebenfalls jede Gewähr für die Fortführung einer gediegenen altgermanistischen Lehrtradition boten. Genannt seien Georg Baesecke, Karl Bischoff und Werner Schröder in Halle, Theodor Frings, Eli-

sabeth Karg-Gasterstädt, Ludwig Erich Schmitt und Ingeborg Schröbler in Leipzig, Hermann Teuchert und Walter Johannes Schröder in Rostock, Fritz Tschirch und Hans-Friedrich Rosenfeld in Greifswald (und zeitweise in Jena bzw. Rostock), Carl Wesle in Jena, Wilhelm Wissmann und Werner Simon in Berlin. Die Schwierigkeiten der sprachwissenschaftlichen Germanistik im Osten Deutschlands, das eigene Traditionsverständnis mit dem Versuch zu verbinden, den vor 1945 abgerissenen Kontakt zur internationalen Forschung wieder herzustellen, bezeugt ein programmatischer Artikel von Werner Simon im Auftaktheft des 'Deutschunterricht' unter dem Titel "Ein Problem der gegenwärtigen Sprachforschung"². Obwohl seit Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an den Universitäten politische Einwirkungsversuche an der Tagesordnung waren – erinnert sei an die Gründungsumstände der Freien Universität in Berlin –, blieb eine anspruchsvolle altgermanistisch orientierte sprachwissenschaftliche Ausbildung an allen Universitäten zunächst bis in die Mitte der 50er Jahre gewährleistet. Eine selbständige historisch-vergleichende Sprachforschung und Lehre wurde dagegen schon in diesen Jahren an den hier behandelten Universitäten kaum noch gefördert. Wilhelm Wissmann wechselte bald aus Berlin nach München und blieb in Berlin nur mit der Akademieforschung verbunden. Daß ein Indogermanist wie Johann Knobloch noch in den 50er Jahren nach Greifswald berufen werden konnte und dort mehrere Jahre lehrte, blieb eine Ausnahme. Eine Besonderheit war es auch, als Hans Detlef Jensen, seit 1927 ao. Professor für Allgemeine Sprachwissenschaft und Indogermanistik in Rostock, 1952 im Alter von 68 Jahren endlich die ordentliche Professur erhielt.

Die Universitätsphilologien sahen sich seit der Einführung der Eigenstaatlichkeit der DDR (1949) zunehmend der Forderung ausgesetzt, sich auf die Ausbildung der Oberschul- bzw. Oberstufenlehrer zu konzentrieren und ihr Lehrangebot auf die Anforderungen der verschiedenen Schulreformbeschlüsse einzustellen bzw. einzuschränken. Die Ausbildung sprachhistorisch bzw. altgermanistisch orientierter 'Diplomanden' (Studenten ohne pädagogischen Abschluß, aber mit vertieftem Fachstudium) wurde früh erschwert und in späteren Jahren an mehreren Universitäten praktisch eingestellt. In die Ausbildung der 'Lehrerstudenten' teilten sich die Universitäten und die Lehrerbildungsinstitute bzw. Pädagogischen Hochschulen (Potsdam, Leipzig, Erfurt, Neubrandenburg usw.) nach abgestimmten Programmen. Am Beginn dieser Entwicklung war der Einfluß der Universitätsgermanisten auch auf die Lehrerbildung noch gewährleistet. So war etwa Fritz Tschirch während seiner Greifswalder Zeit jahrelang Mitglied des entsprechenden Beirats beim Volksbildungsministerium, und die sprachwissenschaftlichen Lehrbriefe für die Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen wurden auch

2 Deutschunterricht (Berlin, Leipzig) I (1948), H. 1, S. 2-8.

von Universitätsgermanisten verfaßt. Später gelang es den Pädagogischen Hochschulen, ihre Interessen bei der Gestaltung der Lehrerausbildungsprogramme, gestützt durch das zuständige Ministerium, weitgehend durchzusetzen. Wohl von Beginn an erkannte die SED gerade bei den historisch eingestellten Universitätsphilologen Widerspruch und auch Widerstand gegen den Versuch, die geisteswissenschaftliche Forschung und Lehre auf den gewünschten Parteikurs zu bringen. Ein frühes Beispiel der dabei obwaltenden Ignoranz sei zitiert. In Greifswald wurden nach 1945 durch H.-F. Rosenfeld und Robert Holsten die Sammlungen zum Pommerschen Wörterbuch fortgeführt. Hierzu erschien 1951 folgende Stellungnahme:

Bei der Verausgabung öffentlicher Mittel muß mehr als bisher nachgeprüft werden, für welche Zwecke und an wen Gelder gezahlt werden.

Die Zentrale Kontrollkommission stieß erst kürzlich in Greifswald auf einen merkwürdigen Kreis von "Wissenschaftlern", der sich seit dem Jahre 1944 mit einem sogenannten Forschungsauftrag beschäftigte, für den nicht nur Räume der Universität Greifswald bereitgestellt, sondern auch noch jährlich 24.000 DM gezahlt wurden. Die dort versammelten "Experten" beschäftigten sich ausgerechnet mit der Erstellung eines "Pommerschen Wörterbuches". In diesem Fall ist die Frage zu stellen, ob es sich um unglaubliche Dummheit oder um bewußte Provokation handelt.³

Trotz solcher Drohungen, deren Konsequenzen in jenen Jahren nicht nur Stellenverlust, sondern Freiheitsgefährdung bedeuten konnten, wurden die Arbeiten am Pommerschen Wörterbuch weitergeführt, bis 1957 unter der Leitung von H.-F. Rosenfeld. Die äußere Sicherung erfolgte durch die Anbindung an die Berliner Akademie der Wissenschaften, deren Umgestaltung dann aber 1968/69 auch das vorläufige Ende der Artikelarbeit mit sich brachte.

2.2 Im Februar 1951 hob die SED die Verantwortung der Länderregierungen für die Universitäten auf und stellte den universitären Hochschulbereich unter die zentrale Leitung des neuen Staatssekretariats für Hochschulwesen. Diese Zentralisierung bildete die entscheidende Handhabe zur Durchführung der sogenannten 2. Hochschulreform, die im Verlauf der 50er Jahre die Hochschulpolitik der SED durchsetzen und den Widerstand wesentlicher Teile der Professoren- und Studentenschaft gegen diese Politik brechen sollte. Ein recht deutliches Bild der Versuche der Universitäten, der Parteipolitik ihren eigenen Standpunkt entgegenzustellen und die Autonomie der Universitäten zu verteidigen, geben die Vorgänge um das 'Memorandum' der Dekane der

3 Aus: Innerbetriebliche Schulung für die Mitarbeiter in den Verwaltungen der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1951. Nr. 37/38. Der Staatshaushalt 1951, S. 19f.

klassischen Fakultäten der Rostocker Universität vom 31. März 1952 (dargestellt aus der Sicht der SED in der Festschrift zur 550-Jahr-Feier der Universität⁴).

Seit der Mitte der 50er Jahre geriet in allen Philologien insbesondere die historische Ausbildung und die Mittelalterforschung zunehmend unter den Druck der Partei. Auch das zuständige Staatssekretariat schreckte vor öffentlichen Attacken nicht zurück. Angesehene Vertreter ihrer Fächer hatten eine Fülle von Schikanen teilweise bis in den Lebensbereich ihrer Familien hinein zu ertragen. Wegen der öffentlichen Bedeutung der Deutschlehrausbildung wurden gerade die Germanisten besonders beargwöhnt. In den meisten Fällen konnten sie ihre Assistentenstellen nicht mehr nach eigener Wahl besetzen und sahen sich durch parteigebundene Fakultätskollegen und Studenten zahlreichen persönlichen Angriffen ausgesetzt. Diese Angriffe zielten sehr direkt auf die Amtsenthebung von Lehrstuhlinhabern, wenn diese versuchten, bei Personalentscheidungen wissenschaftliche Qualität einzufordern und Parteikandidaten ohne ausreichende fachliche Kompetenz abzulehnen.

Einen Höhepunkt erreichten die Attacken der SED, als sich der Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen, Dr. Wilhelm Girmus, die Universitätsgermanistik auswählte, um in Vorbereitung der 3. Hochschulkonferenz der SED die Forderungen der Partei an die Universitätsausbildung zu exemplifizieren. Am 18. Januar 1958 konnten die Betroffenen in der SED-Zeitung 'Neues Deutschland' unter der Überschrift 'Perspektiven der Germanistik' die Anklage und das Urteil der Partei über ihr Fachgebiet lesen:

Die Germanistik als die Wissenschaft von deutscher Sprache und Literatur ist ein Teil der sogenannten Geisteswissenschaften... Gemessen an den historischen Aufgaben und verglichen mit dem Entwicklungsstand der Naturwissenschaften sind die meisten Geisteswissenschaften zurückgeblieben. Ihr Produktivitätsgrad ist niedrig, quantitativ und qualitativ.

Schädlich sei die Orientierung an der Germanistik der Bundesrepublik, denn:

Die Geisteswissenschaften besitzen in der westlichen Welt keine fundierte theoretische Grundlage; sie sind dunkel und dienen der geistigen Verdunkelung. Die Wiedergeburt der deutschen Germanistik im Geiste ihrer großen Schöpfer unter den Bedingungen unseres sozialistischen Zeitalters ist daher niemals von der Bundesrepublik zu erwarten. Um so größer ist die Verantwortung der germanistischen Wissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie ist verpflichtet, die großen philologischen Traditionen der Gebrüder Grimm auf höherer Ebene fortzuführen.

4 Geschichte der Universität Rostock 1419-1969. Bd. 2. Rostock 1969, S. 15-108.

Die Universitätsgermanistik der DDR habe aber – bis auf Ausnahmen – “die Erwartungen, die die Arbeiter-und-Bauern-Macht in sie zu setzen berechtigt ist”, bisher nicht erfüllt.

Die Ursachen für den unbefriedigenden Zustand [seien] ausschließlich in der schlechten ideologischen Führung dieser Wissenschaft und der ungenügenden ideologischen Reife des Nachwuchses zu suchen... In der Einstellung vieler Studenten ... offenbart sich häufig der Geist muffigen Spießertums: Nur nicht Partei nehmen, nur nicht sich binden!

Die Ursache des Versagens liege darin,

daß der dialektische und historische Materialismus noch nicht entschlossen und systematisch zur *ausschließlichen* Grundlage dieser wichtigen Disziplin geworden ist... Das feuilletonistische Kokettieren mit Brocken der marxistischen Terminologie, wie das bei manchen Literaturwissenschaftlern üblich ist, hat mit der Anwendung marxistisch-leninistischer Prinzipien in der Wissenschaft nichts zu tun.

1956/7 hatten wir Studenten an mehreren Universitäten, so auch in Greifswald, die Gründung eines eigenen Hochschuljugendverbandes, die Umgestaltung des obligatorischen Russischunterrichts und den Wegfall der bisherigen obligatorischen dreijährigen Grundausbildung im Marxismus gefordert (Russisch- und Marxismuszensuren hatten einen erheblichen Einfluß auf die Stipendiengewährung) und waren dafür unter Namensnennung in den SED-Zeitungen gerügt worden. Jetzt schlug auch der Staatssekretär zurück:

Wenn es seinerzeit einige Leute gab, die vor einem Jahr provokatorisch die Forderung stellten, das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium abzuschießen, so beweist im Gegenteil das Auftauchen dieser Forderung, daß an unseren Universitäten noch viel zu wenig dialektischer und historischer Materialismus getrieben wird. Notwendig ist vielmehr, daß der Student, der wissenschaftliche Nachwuchs und unsere Hochschullehrer der Germanistik sich vom ersten bis zum letzten Tag ihrer wissenschaftlichen Laufbahn gründlich mit dem dialektischen und historischen Materialismus und seiner Anwendung auf ihr Fachgebiet beschäftigen.

Dann heißt es lapidar: “Ein Germanist, der nicht in der Lage ist, den dialektischen und historischen Materialismus auf sein Fach anzuwenden, ist kein Marxist”, und damit war gemeint: er hat an einer Universität der DDR nichts zu suchen. Hier liegt die Ursache für Existenzängste, Anpassungsnöte und all die besonderen Zitiergewohnheiten in Publikationen von DDR-Autoren, die sich die Möglichkeit wissenschaftlicher Weiterarbeit bewahren wollten. Die Zwänge der späten 50er und 60er Jahre waren ungleich härter als die der 80er. Girmus wandte sich dann der Altgermanistik zu und bestritt ihr das Daseinsrecht:

Der Wissenschaftliche Beirat für Germanistik [in Girmus' Staatssekretariat, H. S.] wird im Zusammenhang mit der Aufstellung eines Perspektivplans auch die Studienpläne daraufhin überprüfen müssen, ob die bestehende Proportion des Studiums zwischen mittelalterlicher und neuerer Literatur unseren heutigen Bedürfnissen entspricht. ... Wir schätzen Walther von der Vogelweide und Wolfram von Eschenbach außerordentlich, aber man kann nicht übersehen, daß ihre Sprache nicht mehr die unsrige ist; die religiös-klerikale Gedanken- und Gefühlswelt des Mittelalters vollends gehören ins Museum wie Kettenpanzer und Lanze. ... In der Deutschen Demokratischen Republik hat das Mittelalter ausgespielt, und die Weltanschauung unseres Jahrhunderts ist der dialektische Materialismus. Eine Germanistik, die sich nicht auf dieser Grundlage konstituiert, hat keine Zukunft. Fähigkeit und Bereitschaft, diesen Entwicklungsprozeß der Wissenschaft nach Kräften zu fördern, gehören fortan zum Merkmal des seriösen Fachwissenschaftlers.

Der nach dieser Drohung noch mögliche 'wissenschaftliche Meinungsstreit' schließe – nach Girmus – allerdings "den rücksichtslosen Entzug der Publikationsfreiheit für die ein, die bewußt darauf ausgehen, den dialektischen und historischen Materialismus ... zu diskreditieren. Aus dem gleichen Grunde können wir auch nicht zulassen, daß reaktionäres Gedankengut aus der Bundesrepublik bei uns eingeschleppt wird." Girmus schloß mit dem Satz: "Die Germanistik kann nur dann zu einem bedeutenden geistigen Faktor des Fortschritts werden, wenn sie vorbehaltlos der Sache der Arbeiterklasse dient."

Der Artikel des Staatssekretärs hatte den Charakter einer Weichenstellung im Auftrag der SED. Er sollte die Fachvertreter disziplinieren und gefügig machen. Nachwuchswissenschaftler, die sich dieser Drohung nicht beugen wollten, konnten von nun an für lange Zeit an den Universitäten – bis auf wenige Ausnahmen – nicht mehr promovieren und keine Assistentenstelle mehr bekommen. K. Bischoff und W. Schröder (Halle), Hildegard Emmel und H.-F. Rosenfeld (Greifswald), F. Tschirch (Greifswald/Jena) verloren oder verließen ihre Lehrstühle oder Universitätsstellungen und suchten Arbeitsmöglichkeiten in der Bundesrepublik; andere, darunter viele jüngere, waren vorher schon gegangen oder folgten nach. Wie stark der damit verbundene Verlust für die Lehre und Forschung an den Ost-Universitäten war, läßt sich an der Tätigkeit der von hier gegangenen Universitätslehrer an ihren neuen Wirkungsorten einigermaßen ermessen, noch deutlicher aber an den fatalen Entscheidungen über ihre Nachfolger im Amt. Die sprachwissenschaftliche Altgermanistik an den meisten Universitäten der DDR drohte auszubluten, und dies mußten Hochschullehrer und Studenten als ein gewolltes Ergebnis der Wissenschaftspolitik der SED verstehen. Über Jahre gab es nur eine wichtige Ausnahme: Theodor Frings gelang es, gemeinsam mit seinen verbliebenen Schülern, den anerkannt hohen Standard der altgermani-

stischen Forschung der Leipziger Schule zu wahren. Zugleich war er bis zu seinem Tode (1968) der entschiedene und über viele Jahre erfolgreiche Anwalt der sprachwissenschaftlich-germanistischen Forschungsarbeit an den beiden Akademien der Wissenschaften in Berlin und Leipzig.

3. Sprachwissenschaftliche Germanistik an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

3.1. Vorhaben und Organisationsformen bis zur Institutsgründung

Die Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften hat seit ihrer Begründung durch G. W. Leibniz im Jahre 1700 die Sorge um die deutsche Sprache und die Förderung ihrer wissenschaftlichen Erforschung als einen ihrer Gründungsaufträge verstanden. Sie hat dieses Ziel in allen späteren Organisationsformen ihrer akademischen Existenz beibehalten. Leibniz selbst, Johann Leonhard Frisch und die 'Deutsche Deputation' veranlaßten und unternahmen entsprechende Untersuchungen schon im ersten Jahrhundert der Akademiegeschichte. Mit der Übersiedlung der Brüder Grimm nach Berlin im Jahr 1840 bot die Akademie den Arbeiten am Deutschen Wörterbuch einen frühen institutionellen Hintergrund. Mit der Wende zum 20. Jahrhundert erkannte die Akademie Möglichkeit und Notwendigkeit institutionalisierter Forschungsarbeit auch im Bereich der deutschen Sprachwissenschaft. Adolf von Harnack faßte diese Entwicklung und die Notwendigkeiten seiner Zeit – unter Bezug auf das Wort Friedrichs des Großen "Die Akademie ist nicht zur Parade da" – so zusammen:

Unter den Bedingungen aber, unter denen die Wissenschaften heute stehen, bedeutet es die Leitung und Durchführung grosser Arbeiten, die der Einzelne nicht zu bewältigen vermag. Sie zweckmässig auszugestalten, gegen Wechselfälle zu schützen und die Mitarbeiter sicher zu stellen, ist ein Problem, dessen Lösung noch nicht vollkommen gelungen ist. Unter den grossen Aufgaben giebt es solche, die ihrer Natur nach unendlich sind oder im besten Fall nur im Laufe mehrerer Generationen erledigt werden können. Hier sind deshalb dauernde Einrichtungen zu treffen, um sowohl die Universitäten zu entlasten als einen Stab geschulter wissenschaftlicher Kräfte zu schaffen. Wie sich spezielle Institute und Seminare für die Forschung und die Praxis aus den Universitäten entwickelt haben und an sie anlehnen, so müssen und werden aus den 'akademischen Commissionen' ... geschlossene Institute hervorgehen mit eigenem Etat und pensionsfähigen Beamten, die ausschliesslich der Bewältigung bestimmter wissenschaftlicher Aufgaben dienen. In Wahrheit sind wir schon in dieser Entwicklung begriffen..., aber es gilt das, was sich in einzelnen

Fällen mit zwingender Nothwendigkeit gestaltet hat, zum Muster für generelle und in sich zusammenhängende Einrichtungen zu nehmen.⁵

Dies ist der Anstoß für die Bildung von Akademieinstituten in Berlin, die später durch die Moskauer Akademie der Wissenschaften nachgeahmt wurde, sich an den kleineren deutschen Akademien aber nicht durchsetzte.

Die Berliner Akademie hat in der Folge eine große Zahl institutionalisierter Arbeitsstellen im Bereich der deutschen Sprachwissenschaft gegründet und gefördert. Seit 1904 entstand in einer großen Gemeinschaftsanstrengung das Archiv der Beschreibungen der deutschen Handschriften des Mittelalters und die daraus abgeleitete Editionsreihe der Deutschen Texte des Mittelalters. 1908 übernahm die Akademie endgültig die Obhut über das Deutsche Wörterbuch (Grimm) und schuf dem Wörterbuch durch die Einrichtung der Göttinger Centralsammelstelle endlich eine solide Arbeitsgrundlage. Eine Reihe wichtiger deutscher Mundartwörterbücher wurde durch die Berliner Akademie getragen, gestützt oder verantwortet: das Rheinische Wörterbuch in Bonn, das Westfälische Provinzialwörterbuch in Münster, das Hessen-Nassauische Wörterbuch in Marburg, das Preußische Wörterbuch in Königsberg, das Frankfurter Wörterbuch von H. L. Rauh in Frankfurt/Main, außerdem Marzells Wörterbuch der deutschen Pflanzennamen. Hinzu kamen die intensiven Bemühungen um das große mittelhochdeutsche Wörterbuch. 1939 wurden auch die Jahresberichte über die Erscheinungen auf dem Gebiet der germanischen Philologie an die Akademie übertragen, weil die Gesellschaft für deutsche Philologie in Berlin aufgelöst wurde.

Organisatorisches Zentrum all dieser Arbeiten war die Deutsche Kommission der Berliner Akademie. Sie blieb über das Kriegsende hinaus bis in die 60er Jahre, ab 1952 im Zusammenwirken mit dem zu diesem Zeitpunkt begründeten Institut für deutsche Sprache und Literatur, das wichtigste Instrument zur Förderung philologischer Großprojekte in den deutschsprachigen Ländern. Die Deutsche Kommission veranlaßte die Gründung und Finanzierung der Arbeitsstelle Göttingen des Deutschen Wörterbuchs (Grimm) am 1. 10. 1946 durch den Präsidenten der nunmehr Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (s. Jahrbuch der DAW 1946-1949, Berlin 1950, S. 97). Sie entschloß sich in den Notjahren 1946/7 zum tatsächlichen Beginn der Arbeiten am Goethe-Wörterbuch, dessen Begründung durch die Berliner Akademie allerdings schon früher erfolgt war (ältere Jahresberichte der Akademie führen das Goethe-Wörterbuch als "Wörterbuch der Sprache Goethes", Jahresbericht 1941, bereits auf). Nun regte die Kommission auch die Zusammenarbeit zwischen der Berliner und der Göttinger

5 Adolf Harnack, Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Bd. 1. Berlin 1900, S. 1042f.

Akademie am Deutschen Wörterbuch und die zwischen der Berliner, der Göttinger und der Heidelberger Akademie am Goethe-Wörterbuch an. Als die Deutsche Kommission unter dem Vorsitz von Theodor Frings ihren Bericht über die erste Nachkriegsperiode 1946-1949 gab, konnte sie die Wiederaufnahme oder den Neubeginn der Arbeiten an den folgenden Projekten mitteilen: Handschriftenarchiv, Deutsche Texte des Mittelalters, Deutsches Wörterbuch, Mittelhochdeutsches Wörterbuch (unter der Leitung von W. Simon, R. Kienast und U. Pretzel), Wörterbuch der deutschen Tiernamen (W. Wissmann und Mitarbeiter, die sechs von 1963 bis 1968 veröffentlichten Lieferungen stammen sämtlich von Wolfgang Pfeifer), Wörterbuch der deutschen Pflanzennamen (H. Marzell), Mecklenburgisches Wörterbuch (H. Teuchert), Pommersches Wörterbuch (H.-F. Rosenfeld), Brandenburg-Berlinisches Wörterbuch (E. Hadermann mit A. Bretschneider), Goethe-Wörterbuch (W. Schadewaldt). Dazu kamen die Editionen (Goethe, Wieland, Jean Paul), Goedekes Grundriß und die Fortsetzung der Jahresberichte über die Erscheinungen auf dem Gebiet der germanischen Philologie bzw. der neueren deutschen Literatur. In den folgenden Jahren erweiterte sich die Zahl der Arbeitsstellen der Berliner Akademie. Zu beachten ist, daß die sprachwissenschaftlichen Vorhaben der Akademie unter Th. Frings immer in der Verbundenheit von Akademie- und Universitätsforschern ausgeführt wurden (die Leitung lag in der Regel bei Universitätslehrern) und daß gesamtdeutsche Verantwortung und gesamtdeutsche Zusammenarbeit im gemeinsamen Wirken von Theodor Frings, Wilhelm Wissmann, Werner Simon, Ulrich Pretzel und Johannes Erben immer gesucht und meistens auch erreicht wurde.

Die Deutsche Kommission hat bis in die 60er Jahre alle wichtigen sprachwissenschaftlich-germanistischen Vorhaben der Berliner Akademie veranlaßt, geprüft, kritisch begleitet und verantwortet. Sie war nach 1945 der ostdeutsche Ansprechpartner für die Fragen der Orthographiereform, sie hat sich bemüht, ihr Wort in den Fragen der Nachfolge des Kartells der deutschen Mundartwörterbücher zu sagen, und sie hat im Kontakt mit Eberhard Zwirner Aufnahmen der Mundarten und der regionalen Umgangssprachen im Gebiet der DDR veranlaßt. Theodor Frings genoß in der Frühzeit der DDR den Respekt der im Staat für die Wissenschaft Verantwortlichen. Er konnte diesen Respekt nutzen, als es schon 1950 und 1951 um Eingriffsversuche der ersten Zensurbehörde ('Kultureller Beirat für das Verlagswesen') in die Manuskripte des Deutschen Wörterbuchs ging. Er hat sogar 1957 – wohl vergeblich – versucht, den Staatssekretär Wilhelm Girnus, als sich dessen Angriffe auf die Altgermanistik in der DDR abzuzeichnen begannen, vor die Deutsche Kommission zu laden, und er hat sich noch 1962 gegen die eigenmächtige parteiische Personalpolitik der Kaderabteilung der Akademie zur Wehr gesetzt. In der Deutschen Kommission wurden die Bedenken der Parateistellen gegen die Versuche der Kommission, gesamtdeutsche Normalität

auch dann noch zu praktizieren, als diese nicht mehr erwünscht war, in der Regel durch Wolfgang Steinitz vorgetragen. Aber gerade im Zusammenwirken von Frings und Steinitz, der sich entschieden für die Berücksichtigung der internationalen sprachwissenschaftlichen Diskussion in der deutschen Nachkriegsgermanistik einsetzte, sind wichtige Entscheidungen für den Ausbau des Faches möglich geworden.

Die Deutsche Kommission hat seit 1950 die Zusammenfassung aller sprach- und literaturwissenschaftlichen germanistischen Unternehmen in einem 'Deutschen Institut' angestrebt. Im November 1950 legten ihre Mitglieder Wilhelm Wissmann und Otto Neuendorff den 'Organisationsplan' für ein solches Institut vor. Im gleichen Monat griff der Kulturelle Beirat das Deutsche Wörterbuch (Grimm) in massiver Form an, weil es zu wenige fortschrittliche Dichter zitierte, Autoren, die auf der Liste der auszuwählenden Literatur standen, noch berücksichtige und die nach 1945 entstandene Literatur kaum heranziehe. Der Druck der Lieferungen 329 bis 331 wurde durch Zugriff dieser Aufsichtsbehörde unterbrochen. Die Deutsche Kommission verteidigte die Verfahrensweise des Wörterbuchs und stellte am 25. Januar 1951 fest, daß der Grimm eine "umfassende Darstellung der Sprache der Gegenwart ... in seiner jetzigen Form nicht übernehmen könne"⁶. Später hat das Deutsche Wörterbuch zwar die jeweilige Gegenwartssprache durchaus wieder berücksichtigt, aber 1951 bildete die hier geäußerte Kritik einen wichtigen Anstoß für Überlegungen, wie und wo denn der neue Wortschatz lexikographisch zu erfassen sei. Am 24. 11. 1951 besprach die Deutsche Kommission erneut den Plan eines Instituts für deutsche Sprache und Literatur, und sie erweiterte ihn nun auf Wolfgang Steinitz' Vorschlag um eine Abteilung für deutsche Sprache der Gegenwart, für deren Leitung zunächst Frings, Steinitz und Simon vorgesehen waren. Schon anlässlich der Institutsgründung im Jahr 1952 wurde die Leitung der Abteilung durch Wissmann ergänzt. In dieser Abteilung sollten ein Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (gestützt auf den Grimm, aber ohne sprachgeschichtliche und mundartliche Aussagen), eine Grammatik der deutschen Sprache der Gegenwart und ein Marx-Engels-Wörterbuch die gegenwartssprachlich orientierte Ergänzung zu der bislang stärker sprachgeschichtlichen Prägung der im Institut vereinigten Arbeitsstellen bilden. Anlässlich der Gründung fand im April 1952 die erste große sprachwissenschaftliche Tagung an der Deutschen Akademie der Wissenschaften statt.

6 Zit. nach den unveröffentlichten maschinenschriftlichen Protokollen der Deutschen Kommission, erhalten in der Bibliothek des Deutschen Wörterbuchs (Grimm) für die Zeit vom 1. 12. 1949 bis 18. 12. 1964.

3.2. Germanistische Sprachwissenschaft im Institut für deutsche Sprache und Literatur

Das 1952 gebildete Institut umfaßte bei seiner Gründung die Abteilungen 'Deutsches Wörterbuch', 'Sachwörterbücher und Mundartwörterbücher' (Pflanzennamen, Tiernamen, Mecklenburgisches Wörterbuch, Pommersches Wörterbuch, Brandenburg-Berlinisches Wörterbuch), 'Mittelhochdeutsch' (Arbeitsstelle Berlin und Zweigstellen in Hamburg und Heidelberg, Deutsche Texte des Mittelalters, Handschriftenarchiv), 'Deutsche Sprache der Gegenwart' (Wörterbuch, Grammatik, Marx-Engels-Wörterbuch), 'Goethe' (Wörterbuch mit den Arbeitsstellen Berlin und Leipzig, Werke), außerdem die Abteilungen 'Neuere deutsche Literatur', 'Jahresberichte und Literaturarchiv'.

Die Deutsche Kommission blieb auch nach der Gründung des Instituts für lange Zeit das eigentlich verantwortliche Gremium für die Gestaltung der wissenschaftlichen Vorhaben und für alle Personalfragen der germanistischen Arbeitsstellen. Frings' Stellung als Vorsitzender der Kommission und als Direktor des Instituts bot die Gewähr für sachliche Arbeit ohne ideologische Festlegungen im Sinne des Systems. Die auch den Mitarbeitern der Akademie geltenden Einwirkungsversuche der Partei konnten noch fast für eineinhalb Jahrzehnte in Grenzen gehalten werden. Wer bereit war, auf Prämien weitgehend zu verzichten, konnte es sich am Institut für deutsche Sprache und Literatur bis über die Mitte der 60er Jahre leisten, auf die gewünschten Beitritte zur Gewerkschaft oder anderen 'gesellschaftlichen Massenorganisationen' zu verzichten oder aus diesen Organisationen sogar wieder auszutreten. Die meisten wissenschaftlichen Vorhaben des Instituts waren historisch-philologischer Art. Mit dieser Festlegung in Konflikt geriet in den sechziger Jahren in zunehmendem Maße die strengere Linguistik der Arbeitsgruppe Strukturelle Grammatik. Daß diese Arbeitsstelle überhaupt aufgebaut wurde und sich in einer für die DDR ungewohnten Weltoffenheit an der in den USA entstehenden generativen Grammatik N. Chomskys orientieren konnte, verdankte sie der Stellung, dem Engagement und den Interessen des Akademie-Vizepräsidenten Wolfgang Steinitz.⁷

Die bei der Gründung festgeschriebene Prägung des Instituts für deutsche Sprache und Literatur blieb unter der Leitung von Theodor Frings und

7 Auf die Entwicklung der Linguistik geht Manfred Bierwisch an anderer Stelle genauer ein, als das hier geschehen kann. Vgl. Manfred Bierwisch, Grammatikforschung in der DDR. Auch ein Rückblick. In: Jahrbuch f. Internationale Germanistik 23 (1991), H. 2, S. 14-28; ders., Vergangenheit und Zukunft der kognitiven Linguistik. In: ebd., S. 29-33.

Johannes Erben bis zu Erbens Weggang im Jahr 1965 erhalten.⁸ In diesem Jahr zeichneten sich die kommenden Schwierigkeiten bereits ab. Die SED wollte die gesamtdeutsch orientierte und parteipolitisch unmarkierte Arbeit des Instituts in ihrem Sinn verändern. Nach dem Ausscheiden Erbens geriet das Institut unter das Direktorat von Hans-Günther Thalheim (mit den Stellvertretern Günter Feudel, Gerhard Ising und Gerhard Steiner) und erlebte nun erst, im Verhältnis zu den Universitäten um fast zwei Jahrzehnte verzögert, den massiven Einbruch der Wissenschaftspolitik der SED. 1969 entstand als Ergebnis der sogenannten Akademiereform das Zentralinstitut für Sprachwissenschaft (ZISW) mit etwa 200 Mitarbeitern, in dem germanistische, romanistische, anglistische, slawistische und andere philologische Arbeiten, aber auch streng linguistische und computer-linguistische Forschungsansätze vereinigt wurden.

3.3. Das Zentralinstitut für Sprachwissenschaft (ZISW)

Der Zusammenschluß sprachwissenschaftlicher Gruppen unterschiedlicher Herkunft und Interessenrichtung am ZISW war unter dem Gesichtspunkt des Kontakts und vielleicht der Arbeitsteilung vertretbar. Schwer wog aber die anfänglich energisch erhobene Forderung der SED, daß sich das eben gebildete ZISW in allen seinen Teilen auf Zuarbeiten zur Ausbildung einer einheitlichen marxistischen Sprachtheorie konzentrieren sollte. Dem Institut kam die Funktion einer Leiteinrichtung für die sprachwissenschaftliche Forschung der DDR zu. Da die Universitäten auf dem Gebiet der marxistischen Sprachtheorie aber ältere Erfahrungen und massivere Ansprüche besaßen, wurde sowohl die Funktion der Leiteinrichtung wie die besondere Verantwortung für die Formulierung einer marxistischen Sprachtheorie bald neutralisiert. Die Leitfunktion übernahm praktisch, aber ohne dauerhaften Erfolg, der ebenfalls 1969 gebildete Rat für Sprachwissenschaft, ein der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED direkt verantwortliches Gremium aus einschlägig erfahrenen und fast durchweg parteilich gebundenen Hochschul- und Akademievertretern. Dieser Rat führte bis 1989 die formelle Aufsicht über die Forschungsvorhaben, die in den 'Zentralen Plan der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung der DDR' aufgenommen wurden. Die Aufgabe der Ausarbeitung eines marxistischen Hochschullehrbuches übernahm eine ebenfalls aus Hochschul- und Akademievertretern gebildete Autorengruppe.

8 Stellvertretend seien hier einige germanistische Sprachwissenschaftler genannt, die eine Weiterarbeit an der Berliner Akademie schon vorher für sinnlos gehalten hatten: Klaus Baumgärtner, Günter Bellmann, Günther Drosdowski, Rolf Hiersche, Rudolf Köster, Achim Masser, Wolfgang Müller, Gerhardt Powitz, Ruth Römer, Heinz Vater.

Durch die Akademiereform sollte nun also auch an den Sprachwissenschaftlern der Berliner Akademie vollzogen werden, was für die Universitätskollegen durch drei Hochschulreformen als festgeschrieben galt. Unmittelbar durchgesetzt wurden Schließungen von Arbeitsstellen und Abbrüche von Projekten (Pommersches Wörterbuch, Mittelbisches Wörterbuch, Wörterbuch der grammatischen und sprachwissenschaftlichen Terminologie, Tiernamenwörterbuch, Pflanzennamenwörterbuch, Tonbandarchiv der Dialektaufnahmen des DDR-Gebiets). Selbst die Arbeiten an dem seit 1952 vorbereiteten Wörterbuch des Wortschatzes von Marx und Engels wurden eingestellt, weil die philologische Behandlung der Aufgabe bei den verantwortlichen Funktionären Unsicherheit und Mißtrauen geweckt hatte. Die überlebenden Dialektwörterbücher kamen sämtlich an die Sächsische Akademie der Wissenschaften, sogar das Mecklenburgische, das Brandenburg-Berlinische und die Mitverantwortung für das Siebenbürgisch-Sächsisches Wörterbuch. Durch dieses in Berlin unfreiwillig aufgegebenes Erbe wurde die schon vorher bedeutende philologische Kompetenz der Sächsischen Akademie (Althochdeutsches Wörterbuch, Altnordisches Wörterbuch, Obersächsisches Wörterbuch) noch verstärkt. Fortgeführt werden konnten in Berlin (und in der Greifswalder Außenstelle) im Bereich der sprachwissenschaftlichen Regionalforschung sprachsoziologisch orientierte Themen und die umfangreichen Arbeiten am Brandenburgischen Namenbuch, die bis heute der systematischen Sicherung und sprachwissenschaftlichen Aufarbeitung alteuropäischer, germanischer, slawischer und deutscher Namentraditionen im Bereich der Orts- und Flurnamen dienen. Die gesamtdeutsche Orientierung der Forschungstätigkeit der Berliner Akademie wurde um 1969 aufgegeben.

Die Gründung des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft war in der Berliner Akademie auf der übergeordneten Ebene der 'Arbeitsgemeinschaft der gesellschaftswissenschaftlichen Institute' unter der Leitung des Akademiemitglieds Leo Stern über längere Zeit vorbereitet worden. Am 15. August 1969 erließ der Präsident der Akademie (damals noch der 'Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin') die 'Anweisung über die Gründung des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft'. Sein erster Direktor wurde Werner Neumann, Sprachhistoriker aus der Berliner Schule Wilhelm Wissmanns. Ihm folgten am 1. 6. 1972 der Germanist Günter Feudel, am 1. 7. 1977 der Romanist Werner Bahner, am 1. 9. 1989 der Slawist und Linguist Dieter Viehweger, nach der Wende am 1. 7. 1991 für die Abwicklungsphase bis zum 31. 12. 1991 der Verfasser dieser Übersicht. Als stellvertretende Direktoren waren seit 1969 in längeren oder kürzeren Fristen tätig: Günter Feudel, Wolfgang Motsch, Joachim Schildt, Peter Suchsland und Bärbel Techtmeier. Besonders in den frühen Jahren des ZISW lag ein wesentlicher Teil der Verantwortung für das Institut allerdings nicht wirklich beim Direktor, sondern bei dem für die Sprachwissenschaft zuständigen Mitarbeiter der Abteilung

Wissenschaft des ZK der SED, Manfred Börner, bei den Sekretären der SED-Gruppe des Instituts und beim 'Kaderleiter'.

Schon vor der Gründung des Instituts hatte Werner Neumann am 29. 5. 1969 in enger Abstimmung mit der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED eine "Führungskonzeption des Direktors des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft der DAW" erlassen, die die Gründungsziele eindeutig beschreibt. Für alle Beteiligten bleibt es ein wichtiger Umstand dieser Institutsgründung, daß die SED offenbar fest entschlossen war, die Weiterarbeit der sprachwissenschaftlichen Gruppen nur zuzulassen, wenn diese Führungskonzeption hingenommen werden würde. Dies ist in den Folgejahren der Form nach in der Tat geschehen. Es muß aber aus Gerechtigkeit gegenüber den Beteiligten auch festgehalten werden, daß es nach anfänglich harten Eingriffen in verschiedene Arbeitsstellen gelungen ist, die Fortexistenz der meisten historisch-philologischen und gegenwartssprachlichen Vorhaben einigermaßen zu sichern und die zunächst gefürchtete Entlassung von Mitarbeitern generell zu verhindern. Die fünf Seiten umfassende Führungskonzeption vom 29. 5. 1969 beginnt mit der Definition des 'Führungsziels' und stellt fest:

Die Führungskonzeption des Direktors dient der strategischen Leitung wissenschaftlicher Prozesse im ZIS [das Kürzel ZISW wurde erst nach einem Protest des Zentralinstituts für Schweißtechnik eingeführt, H. S.]. Grundlagen der Führungskonzeption sind die Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Gesetze, Verordnungen und Direktiven des Staates, die Weisungen der vorgesetzten Leitungsorgane und die vom Präsidenten der DAW als Arbeitsgrundlage bestätigte Konzeption für die Bildung des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft vom 25. 3. 1969.

Im 2. Punkt heißt es:

Das grundsätzliche Ziel der Führungstätigkeit besteht darin, die sprachwissenschaftliche Forschung des ZIS voll in den Dienst der sozialistischen Gesellschaft der DDR zu stellen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit beträchtlicher fachlicher und politisch-ideologischer Veränderungen. Die Sprachwissenschaft an der DAW, in der gegenwärtig noch die empirisch-deskriptive Forschung überwiegt, muß zu einer Wissenschaft mit hohem theoretisch-prognostischen Wert werden, deren Ergebnisse maximal anwendbar sind für die Planung und Leitung der Gesellschaft und für die sozialistische Bewußtseinsbildung.

Das Institut sollte in direkter Abhängigkeit von der Abteilung Wissenschaft des ZK "Grundfragen der gesellschaftlichen Wirksamkeit der Sprache" behandeln und sich – wie eingangs erwähnt – an der Ausarbeitung einer "Einführung in die marxistische Sprachwissenschaft" beteiligen. Da die Parteimitglieder im Institut eine Minderheit darstellten und die wissenschaftliche und politische Haltung der Mehrheit kaum beeinflußten, hieß es dann:

Ein vorrangiges Ziel der politisch-ideologischen Qualifizierung besteht darin, insbesondere bei den leitenden Mitarbeitern Klarheit darüber zu schaffen, daß die Partei der Arbeiterklasse der gesellschaftliche Auftraggeber der wissenschaftlichen Forschung ist, und sie zu befähigen, die Parteibeschlüsse schöpferisch auf ihre Arbeit anzuwenden.

Die Bereiche des Instituts wurden knapp dahingehend charakterisiert, wie weit sie den neuen Anforderungen schon entsprachen:

Der Bereich 'Pragmatik' wird im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten vorrangig mit Kadern und allen erforderlichen Arbeitsmitteln versorgt. ... Für den Bereich 'Soziolinguistik' ist eine Forschungskonzeption zu schaffen. Von großer Bedeutung ist – auf Grund der bestehenden Kadersituation – die marxistisch-leninistische Qualifizierung der Mitarbeiter.... Um den Bereich 'Wortschatzforschung' auf die neuen Aufgaben vorzubereiten, sind zunächst ideologische und konzeptionelle Fragen zu klären. ... Die Bereiche 'Sprachtheorie und Grammatikforschung', 'Wortschatzforschung' und 'Sprachgeschichte' werden in Abhängigkeit von den neuen Forschungsaufgaben umstrukturiert. In diesem Zusammenhang muß die Perspektive einer Reihe von Unternehmen endgültig geklärt werden. Dies ist eine Voraussetzung für eine adäquate Konzentration des Forschungspotentials auf die Schwerpunktvorhaben.

Dann wurde noch einmal bekräftigt:

Zur Durchsetzung sozialistischer Leitungsprinzipien erfolgt die Leitungsarbeit in enger Verbindung mit der Partei (insbesondere mit der Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED, mit der Kreisleitung der DAW und mit der Leitung der Grundorganisation der SED im ZIS), sowie mit anderen gesellschaftlichen Organisationen.

Die Zeichen, unter denen das neue Institut seine Arbeit begann, wurden von den Mitarbeitern mehrheitlich als existentielle Bedrohung empfunden. Eben diese Mehrheit der Mitarbeiter wollte unter allen Umständen wissenschaftlich verantwortbare Arbeitsziele und Arbeitsmethoden bewahren. Zwar mußten marxistische Grundvorstellungen von nun an beachtet und berücksichtigt werden, aber aufs Ganze gesehen darf hier festgestellt werden, daß die wissenschaftliche Arbeit des ZISW trotz langjähriger Einwirkungsversuche der Partei in wesentlichen Bereichen nicht in der geforderten Weise verändert wurde.

Die von der Partei geforderten Produkte wurden durch eigens zusammengestellte Autorengruppen unter großen Mühen erarbeitet. Daß diese Produkte überhaupt erzeugt wurden, bot allerdings anderen Gruppen die Möglichkeit, ihre seriös linguistischen und philologischen, aber weniger erwünschten Arbeiten unter dem Schutzdach der offiziellen Anpassung des Instituts fortzuführen. Eine solche Feststellung weckt heute keinen Stolz,

sondern Betroffenheit. Damals ging es bei jeder Kompromißlösung zunächst um Fragen der wissenschaftlichen Existenz. Daß jeder Kompromiß zugleich die Tendenz zur moralischen Diskreditierung und wissenschaftlichen Stagnation förderte, wußten die Beteiligten sehr wohl.

Nach mehrjährigen Vorbereitungen erschienen 1974 in fünf intern verteilten Sonderheften der Linguistischen Studien des ZISW (Sonderhefte 1 bis 3; 4,1 und 4,2) die "Diskussionsmaterialien zum Projekt 1.1. des Plans der sprachwissenschaftlichen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zum Jahre 1975", erarbeitet durch ein Redaktionsgremium unter Leitung von Werner Neumann. Die Einzelhefte wurden geschrieben bzw. verantwortet durch Wilhelm Schmidt (H. 1), Wolfdietrich Hartung (H. 2), Georg F. Meier und Erhard Albrecht (H. 3) und Peter Suchsland (H. 4,1 und 2). Das vierte Heft, gewidmet den besonders umstrittenen Fragen des 'Sprachsystems und seiner Entwicklungsmöglichkeiten' (mehr oder weniger freiwillige Mitautoren waren Wolfgang Motsch, Albrecht Neubert, Werner Neumann, Ulrich Ricken, Rudolf Růžička, Anita Steube und Wolfgang Ullrich Wurzel), mußte auf einer 'Arbeitstagung über aktuelle Probleme zur Entwicklung der marxistisch-leninistischen Sprachtheorie' im Oktober 1974 in Sellin/Rügen vorgestellt und verteidigt werden. Eine Zusammenfassung dieser Diskussion ist dem letzten Heft beigegeben; sie bietet noch heute einen interessanten Einblick in die damaligen Kontroversen über die Möglichkeit einer einheitlichen marxistischen Sprachtheorie. Zwei Jahre später (Berlin 1976) sind dann die 'Theoretischen Probleme der Sprachwissenschaft' in zwei Teilbänden erschienen. Das 'Autorenkollektiv unter der Leitung von Werner Neumann', dem die einflußreichsten DDR-Linguisten angehörten, hatte sich in vielen Punkten zu Kompromißformulierungen durchgerungen, die dem ursprünglichen Arbeitsauftrag, die *eine* marxistische Sprachtheorie zu formulieren, vernünftigerweise nicht mehr gerecht wurden. Das Buch, dessen Erarbeitung anfänglich fast die Forschungsmöglichkeiten des ganzen Instituts geopfert worden wären, erwies sich in der Folge als relativ einflußlos. Wichtiger für das Selbstverständnis der Hauptgruppe der marxistischen Sprachwissenschaftler des Instituts und ihre Außenwirkung war für längere Jahre der ZISW-intern unter der Leitung von W. Hartung erarbeitete Band 'Sprachliche Kommunikation und Gesellschaft' (Berlin 1974). Mit dem Band wurde praktisch der Anspruch erhoben, die Hauptthesen dieser marxistischen Kommunikationstheorie seien grundlegend und wegweisend für die gesamte sprachwissenschaftliche Theoriebildung und Forschungsarbeit.

Daß die Erinnerung an die Jahre von etwa 1968 bis etwa 1977 für die meisten Beteiligten heute besonders bedrückend ist, liegt allerdings weniger an dem hohen Aufwand für die Scheinerfolge einer marxistischen Theoriebildung als an den Disziplinierungsversuchen der SED. Diese Disziplinierungsversuche äußerten sich in drastischen Eingriffen in die Kontakt- und

Bewegungsfreiheit, in die Konzepte wissenschaftlicher Vorhaben und in die tägliche Arbeit, vermittelt durch die Modalitäten der Planung, Abrechnung und 'Weiterbildung' bzw. Schulung, der Leistungsbewertung und der Aufsicht über alle Personaleinstellungsvorgänge. Im Auftrag der herrschenden Partei wurde mit Sicherheit auch im ZISW ein Spitzelapparat aufgebaut, der bis heute nicht aufgedeckt ist. Im Auftrag der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED wurde nach mehrjährigen Angriffen (die ersten Attacken erfolgten schon 1969) im April 1973 die wesentlich durch Manfred Bierwisch geprägte Arbeitsstelle Strukturelle Grammatik geschlossen. In die gleichen Jahre fallen die oben erwähnten Schließungen philologischer Arbeitsstellen und die bekannten Eingriffe in das Konzept des Wörterbuchs der deutschen Gegenwartssprache (s. das Vorwort zum 3. Bd. von 1970). Es gehört zu den bitteren Erfahrungen dieser Zeit, daß es damals nicht gelungen ist, gleichzeitigen Angriffen der SED auf seriöse philologische und linguistische Arbeitsansätze gemeinsam zu begegnen, da auch am ZISW noch zwischen den Mitarbeitern dieser Arbeitsstellen eher traditionalisierte Verhältnisse der gegenseitigen Distanzierung als der Neugier und des wirklichen Interesses bestanden hatten.

Das Konzept des im Erscheinen begriffenen Wörterbuchs der deutschen Gegenwartssprache (WDG) mußte 1970 durch äußeren Eingriff geändert werden, weil die hierfür Verantwortlichen wünschten, durch fragwürdige lexikographische Mittel die These zu stützen, in der DDR werde – nach damals nur zwanzigjähriger politischer Sonderentwicklung – nicht mehr das gemeinsame Deutsch, sondern eine von der Bundesrepublik schon wesentlich verschiedene Sprachvariante gesprochen (und nicht nur im 'Neuen Deutschland' geschrieben). Seitdem belastete die Darstellung der gewünschten Sonderverwendungen in der DDR und die Interpretation dieser Besonderheiten im Sinne der herrschenden Partei die im übrigen normale lexikographische Arbeit am WDG. Nur im Bereich der historischen Wörterbücher (Deutsches Wörterbuch, Goethe-Wörterbuch) gelang es trotz einiger Gefährdungen, das notwendige Maß an Zusammenarbeit mit den Arbeitsstellen in Göttingen (DWB) bzw. Hamburg und Tübingen (GWB) zu bewahren. Am Deutschen Wörterbuch waren schon alle Fragen der Konzipierung der Neubearbeitung in engem Kontakt der Arbeitsstellen in Berlin und Göttingen durch je eigene und gemeinsame Entwürfe geregelt und ein Probeheft im Jahr 1963 einer internationalen Konferenz mit den Leitern fast aller bedeutenden großen historischen Wörterbücher der europäischen Länder zur Billigung vorgestellt worden. Die aufwendige Arbeit von zuletzt sechs Mitarbeitern der Berliner Wörterbuchstelle am Quellenverzeichnis der Erstausgabe des Grimm wurde in Göttingen vor allem durch Ulrich Horn über Jahre in selbstloser Weise wesentlich gefördert. Als Berliner Mitarbeiter die Göttinger Arbeitsstelle nicht mehr aufsuchen konnten, wurden die Reisekontakte in offiziellen und

inoffiziellen Begegnungen durch Göttingen fortgeführt. Unproblematisch und mit Genehmigung der jeweiligen Institutsleitung erfolgte selbst in den politisch schwierigsten Jahren die Versendung des Berliner Belegmaterials für die Ausarbeitung der Göttinger Lieferungen. Noch strenger geregelt als am Deutschen Wörterbuch verlief die Zusammenarbeit in dieser Zeit am Goethe-Wörterbuch. Hier ist es gelungen, auch die Verzahnung der Lieferungsarbeit bis hin zur gegenseitigen Einzelkritik aller Wörterbuchbeiträge immer zu bewahren und bis heute fortzuführen.

Bewahrt werden konnte mit zeitbedingten Einschränkungen auch die durch J. Erben an der Akademie begründete Tradition der Frühneuhochdeutsch-Forschung und weiterer Untersuchungen zur deutschen Sprachgeschichte, gestützt auch durch die vertraglich gebundene Zusammenarbeit mit russischen Germanisten (W. Admoni, M. M. Guchmann, W. Pawlow, N. Semenjuk u. a.). Begonnen wurden Arbeiten zur Geschichte der Sprachwissenschaft.

Der schwere Schaden, den die Akademiereform auch in der sprachwissenschaftlichen Germanistik anrichtete, ist in der DDR bis zuletzt nicht behoben worden. Nach den drastischen Einschränkungen der Altgermanistik an den Universitäten (Lehrkörper und Lehrprogramm) betraf der Abbruch der nach 1945 zunächst fortgeführten Tradition nun auch die Berliner Akademie. Mit dem Wegfall entsprechender Aufgabenstellungen und Arbeitsmöglichkeiten drohte an der einzigen Stelle, die dem sprachwissenschaftlich ausgebildeten Germanisten in der DDR bisher eine sinnvolle Berufsmöglichkeit geboten hatte, der gleiche Prozeß der Verminderung der Urteilsfähigkeit und der Abkoppelung von der internationalen Entwicklung des Faches einzusetzen. Erste Versuche, diesem Prozeß gegenzusteuern, begannen in den späten 70er Jahren. So war die Abfassung des dreibändigen Etymologischen Wörterbuchs des Deutschen unter der Leitung von W. Pfeifer (erschienen 1989) möglich durch die Anknüpfung an die ältere Akademietradition; sie wäre nicht realisierbar gewesen auf der Grundlage des altgermanistischen Ausbildungsstandes der Universitätsabsolventen, wie er seit den späten fünfziger Jahren durch ministerielle Eingriffe bestimmt wurde. Hauptfachstudenten der deutschen Philologie oder der germanistischen Sprachwissenschaft ohne die Verpflichtung, in den Schuldienst zu gehen, wurden nur noch ganz vereinzelt zum Studium zugelassen. Gewiß hat es an fast allen Universitäten immer wieder engagierte Versuche gegeben, einschlägige Leistungen trotz aller systembedingten Einschränkungen zu erbringen. Solche Versuche (z. B. Althochdeutsch in Leipzig, Mittelhochdeutsch in Jena, mittelalterliche deutsche Literatur in Greifswald, Niederdeutsch in Rostock, Nordistik in Leipzig, Berlin und Greifswald) mußten den staatlichen Rahmenbedingungen in der Regel mühsam abgetrotzt werden. Sie waren ganz überwiegend Leistungen gegen das System. Als ein aktuelles Beispiel sei hier nur die 'Einführung in

die vergleichende Sprachwissenschaft' (Berlin 1989) von R. Sternemann und K. Gutschmidt (Humboldt-Universität Berlin) angeführt.

Die SED erhob den Anspruch auf die unmittelbare Beeinflussung aller Gesellschaftswissenschaften, und sie praktizierte diesen Anspruch durch die fast durchgängige Besetzung des Rates für Sprachwissenschaft und der wichtigsten Leitungspositionen mit Wissenschaftlern, denen die Nähe zur SED und ihren Leitungsgremien wenn schon kein Herzensbedürfnis, so doch eine schlichte Selbstverständlichkeit war. Trotz dieses Anspruchs und des daraus folgenden Drucks hat sich das ZISW nicht zum Sprachregelungsinstrument der SED für die DDR oder die Sprachwissenschaft der DDR machen lassen. Vielmehr ist am ZISW zu jeder Zeit auch wissenschaftliche Arbeit geleistet worden, die sich an internationalen Maßstäben orientierte, soweit das irgend möglich war (die erzwungenen Einbußen waren beträchtlich), und sich um internationale Kontakte bemühte. Die Publikationen und Publikationsreihen des ZISW (Sprache und Gesellschaft, *Studia Grammatica*, Bausteine zur Geschichte des Neuhochdeutschen, Deutsche Texte des Mittelalters, Brandenburgische Beiträge zur Namenkunde, Linguistische Studien) belegen das überzeugend. Auch die großen philologisch bestimmten Langzeitunternehmen (Deutsches Wörterbuch, Goethe-Wörterbuch) beweisen die Leistungsfähigkeit und das Bemühen der Mitarbeiter, sich in ihrer Arbeit vorrangig an wissenschaftlichen Maßstäben zu orientieren und nicht an politischen. Entsprechendes gilt für die stärker theoriebezogenen Themenstellungen (Grammatiktheorie, kognitive Linguistik, Computerlinguistik, Sprachsoziologie, kommunikationsorientierte Linguistik) und für den Bereich der Fremdsprachenforschungen, auch hierunter Spezialdisziplinen von internationaler Bedeutung (Forschungen zum Pomoranischen, Ostjakischen, zum Albanischen und anderen Balkansprachen, zur Anglistik, Russistik, Baltistik, Sino-logie u. a.).

Die Eingriffe der Einheitspartei in das ZISW haben, konzentriert in den 70er Jahren, viele Mitarbeiter schwer getroffen, ihre Arbeitsergebnisse behindert, verformt oder zerstört. Die dennoch über diese Zeit hinweg bewahrte Substanz fachlicher Arbeit und wissenschaftlicher Verantwortung bleibt wichtige Grundlage eines neuen Anfangs.

Während der Jahre ständiger Gefährdung und Verdrängung sprachwissenschaftlich-philologischer Arbeit bildeten Besuche westdeutscher und ausländischer Kollegen und durch das ZISW organisierte oder gestützte Tagungen seltene Gelegenheiten des Kontakts gleichgesinnter Kollegen und der Vorstellung eigener Arbeitsansätze. Eine solche Funktion kam in den letzten Jahren z. B. den Jubiläumstagungen für Adelung (Leipzig 1982), Luther (Eisenach 1983), J. und W. Grimm (Berlin 1984), W. v. Humboldt / J. u. W. Grimm (Berlin 1985) und auch dem XIV. Internationalen Linguistenkongreß (Berlin 1987) zu. Regelmäßig boten Tagungen auch

Publikationsmöglichkeiten, die sonst im eigenen Land sehr eingeschränkt waren.

Hier seien auch die wichtigsten Verlage erwähnt. In den Nachkriegsjahren setzte der Max Niemeyer Verlag als einer der bedeutendsten altgermanistischen Verlage überhaupt seine Tätigkeit in Halle fort. Auch nach dem frühen Wechsel der Eigentümer nach Tübingen konnte der Hallische Verlag (nun als VEB) zunächst weiterarbeiten. Er brachte z. B. 1955 Fritz Tschirchs Adaption des Althochdeutschen Lesebuchs von Wilhelm Braune für die Universitäten der DDR heraus ('Frühmittelalterliches Deutsch'), seine wichtigste einschlägige Leistung war indessen die Fortführung von Paul und Braunes Beiträgen zur Geschichte der deutschen Sprache und Literatur. Die rechtliche Problematik des zeitweiligen Nebeneinanders der Beiträge (West) und Beiträge (Ost) soll nicht übersehen werden, für die germanistischen Philologen der DDR blieben die Hallischen Beiträge jedoch unter Th. Frings (und seinen Nachfolgern in der Herausgeberschaft) ebenso wie die der alten Zeitschrift seit 1981 nachfolgenden 'Beiträge zur Erforschung der deutschen Sprache' ein Festpunkt mitten in allen Bedrohungen der Existenz des Faches an Universitäten und Akademien. Weitere wichtige Verlage mit sprachwissenschaftlich-germanistischen Programmteilen waren: Bibliographisches Institut bzw. Verlag Enzyklopädie Leipzig (mit der Kleinen Enzyklopädie Deutsche Sprache), der S. Hirzel Verlag Leipzig (mit dem Deutschen Wörterbuch und den zuletzt von W. Bachofer besorgten Auflagen des Taschenlexers), Hermann Böhlaus Nachfolger Weimar (mit dem Deutschen Rechtswörterbuch und Brandenburgischen Namenbuch), der Volk und Wissen Verlag Berlin (mit der Geschichte der deutschen Sprache unter der Leitung von W. Schmidt, Potsdam) und der Akademie-Verlag (mit J. Erbens Deutscher Grammatik, den meisten Wörterbüchern des ZISW und den einschlägigen Institutsreihen wie 'Bausteine zur Geschichte des Neuhochdeutschen' und 'Deutsche Texte des Mittelalters').

4. Was bleibt?

Neben Erfahrungen, auf die viele gern verzichtet hätten, und Eingriffen in Lebenswege, die unkorrigierbar sind, bleibt Sprachwissenschaftlern der Berliner Akademie und ihren Kollegen an den Universitäten und Hochschulen im Gebiet der ehemaligen DDR die schwer errungene und immer angreifbare Gewißheit, sich für den Bestand einer Tradition eingesetzt zu haben, die ohne ihr Bemühen dem Druck der Parteiideologie gänzlich erlegen wäre. Philologisch eingebundene Sprachwissenschaft, deren Interessenkreis von der Mittelalterforschung bis zur Entwicklung der Gegenwartssprache reicht, sollte

jetzt ihren Platz in Forschung und Lehre, an Universitäten und Akademien oder anderen wissenschaftlichen Institutionen zurückgewinnen. Der Stellenwert altgermanistischer Forschung und Lehre in der Lehrer- und Magisterausbildung muß auch in den neuen Bundesländern stabilisiert werden. Große philologische Langzeitprojekte (Wörterbücher, Grammatiken, Editionen, archivierte Sammlungen und andere einschlägige Grundlagenwerke) sind in ihrer Existenz zu sichern, Fragen der institutionellen Anbindung bleiben zweitrangig. Notwendig erscheint die Gewährleistung einer angemessenen technischen Ausstattung (Datenbanken mit entsprechenden Auswertungsverfahren). Wünschenswert aber ist auch die Bewahrung der in der Vergangenheit so mühsam gewachsenen kritischen Solidarität zwischen stärker philologisch geprägten und eher theoriebewußten linguistischen Verfahrensweisen und Forschungsgruppen.

Die 1990/91 durch den Wissenschaftsrat durchgeführte Evaluation hat die Leistungen der meisten Mitarbeiter des ZISW gewürdigt, aber dennoch auch für dieses Institut die Auflösung zum 31. 12. 1991 erbracht. Die meisten Mitarbeiter haben die Empfehlungen des Wissenschaftsrates schließlich akzeptiert und angebotene Möglichkeiten neuer institutioneller Zuordnungen ihrer Arbeiten genutzt. Ob die Vorstellung Adolf von Harnacks, an der Berliner Akademie sollten wissenschaftliche Untersuchungen zur deutschen Sprache in institutionalisierter Form betrieben werden, nach dem Ende des Instituts für deutsche Sprache und Literatur und des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft noch zu erfüllen ist, wird die Zukunft zeigen. Die durch Adolf von Harnack gestellten Aufgaben sind nicht erledigt.